

WAHLPROGRAMM

Wahl zum Europäischen Parlament 2014



Für ein soziales Europa.

SPÖ Wahlprogramm EU-Wahlen 2014	4
Das EU-Wahlprogramm der SPÖ im Überblick.....	6
1. Ein Europa für Wachstum und Beschäftigung.....	8
2. Ein starkes soziales Europa.....	11
3. Ein regulierter Finanzsektor und gerechte Steuern.....	14
4. Ein demokratisches Europa	17
5. Ein Europa der Vielfalt	20
6. Ein umweltbewusstes, nachhaltiges Europa	22
7. Ein starkes Europa in der Welt.....	24

Impressum:

SPÖ Bundesgeschäftsstelle Löwelstraße 18, 1014 Wien

Grafik und Layout: SPÖ Produktion • Druck: Donau-Forum-Druck, 1230 Wien

WAHLPROGRAMM

Wahl zum Europäischen Parlament 2014



Für ein soziales Europa.

SPÖ Wahlprogramm EU-Wahlen 2014

Wir wollen Europa wieder mit der Hoffnung auf eine gute Zukunft verbinden. Es ist unser Ziel, das friedliche und demokratische Zusammenleben auf unserem Kontinent zu sichern. Ein Zusammenleben, das den Menschen Chancen eröffnet, allen gleiche Rechte garantiert, für ein gutes Leben mit sicherer Arbeit sowie für Schutz und soziale Sicherheit sorgt. Ein Europa, das Verantwortung übernimmt, die Lasten gerecht verteilt, transparente Entscheidungen trifft, und so seine Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Das erschütterte Vertrauen kann nur auf diesem Weg wiederhergestellt werden – dafür steht die Sozialdemokratie.

Die EU ist in ihrem Kern ein friedensstiftendes Projekt. Durch die gemeinschaftliche Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur friedlichen Konfliktbeilegung im Inneren und der schrittweisen Integration der Staaten zur Europäischen Union konnte sich Europa zu einem Kontinent des Friedens entwickeln. Für dieses „Friedensprojekt Europa“ lohnt es sich zu kämpfen. Aber Friede ist für uns mehr als die Abwesenheit militärischer Konflikte. Die Armut, Arbeits- und Aussichtslosigkeit in Teilen Europas macht deutlich, dass wir gefordert sind, den sozialen Frieden in Europa zu garantieren, um dieses große Friedensprojekt zu vervollständigen und abzusichern.

Wir wollen ein Europa, das jene Dinge regelt, die nicht besser lokal, regional oder national geregelt werden können. Dort, wo wir gemeinsame europäische Antworten brauchen, stehen wir für ein starkes und handlungsfähiges Europa. Wir sind für ein Europa, in dem Entscheidungen unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger transparent und nachvollziehbar getroffen werden und nicht hinter verschlossenen Türen. Wir wollen ein demokrati-

ches Europa, bei dem die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft mehr Gehör bekommen und wollen gemeinsam ein Gegengewicht zu den Lobby-Interessen der Konzerne schaffen. Die Zukunft der Europäischen Union geht alle etwas an, deshalb müssen wir dauerhaft die Zukunft des Kontinents auf möglichst breiter Basis diskutieren und die Entscheidungen auf europäischer Ebene demokratischer und transparenter gestalten. Wir wollen den Europäerinnen und Europäern nicht nur eine starke Stimme, sondern das letzte Wort geben.

Wir wollen nicht die Augen verschließen vor den Problemen und Herausforderungen in der Europäischen Union. Gerade angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise bedeutet das, eine gerechte, demokratische und soziale Politik, die dem Wohlstand aller und nicht dem Reichtum einiger Weniger dient. Wir kämpfen dafür, dass das Finanzsystem, Banken, Vermögende, also jene, die für das Ausbrechen der Krise die Verantwortung tragen, den wesentlichen Beitrag zu ihrer Behebung leisten. Wir wollen nicht mit ansehen, wie Banken für systemrelevant erklärt werden, über fünf Millionen arbeitslose Jugendliche aber nicht. Wir wollen einen Rettungsschirm für die Jugend Europas und den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und den Einsatz für ein soziales Europa zur obersten Priorität erklären. Die aktuelle Politik in Europa, dominiert von konservativen und neoliberalen Kräften, hat zu Armut, sozialer Ausgrenzung und verlorenen Chancen für unsere Jugend geführt. Wir werden uns für einen Kurswechsel Europas einsetzen und mit der einseitigen Sparpolitik Schluss machen. Wir wollen auf Investitionen setzen und sichere Jobs schaffen. Dazu brauchen wir ein Europäisches Parlament, in dem Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die stärkste Kraft sind.

Bei dieser Wahl am 25. Mai 2014 entscheiden die Menschen Europas, welches Europa sie wollen. Ob Europa so weiter machen soll wie bisher oder ob sich etwas verändern soll. Wir, die Kandidatinnen und Kandidaten der SPÖ, wollen etwas verändern. Für diese Veränderung werden wir uns auf allen Ebenen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen. Denn wir sehen, dass in der Europäischen Union einiges schief läuft. Wir sehen, dass die EU in keinem guten Zustand ist und wissen, dass ein solcher Zustand nicht nur unseren Nachbarstaaten schadet, sondern auch uns. Wir wollen Europa besser machen.

Das EU-Wahlprogramm der SPÖ im Überblick

1. KAMPF GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat oberste Priorität. Zu diesem Zweck setzen wir auf Investitionen, z.B. in Infrastruktur und Forschung, die in weiterer Folge die Wirtschaft ankurbeln und sichere Jobs schaffen sollen. Insbesondere im Kampf gegen die in Europa besonders hohe Jugendarbeitslosigkeit – jeder Vierte unter 25 Jahren ist ohne Arbeit – muss die Europäische Jugendgarantie nach österreichischem Vorbild mit Leben erfüllt werden. Wir wollen, dass die Finanzmittel für dieses Programm ausgeweitet werden. Europa soll mit hochwertigen Arbeitsplätzen punkten, nicht mit prekären Arbeitsbedingungen.

2. FÜR EINEN EUROPÄISCHEN SOZIALPAKT

Wir setzen uns für europaweite soziale Mindeststandards ein und fordern wirksame europäische Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping. Bestehende Arbeitsschutzstandards dürfen nicht unterlaufen werden. Dies und eine verstärkte Einbindung der Sozialpartner soll in einem Sozialpakt festgeschrieben werden. Unser Ziel sind gesicherte und faire Einkommen für die BürgerInnen in Europa.

3. FINANZMÄRKTE AN DIE KURZE LEINE

Der Finanz- und Bankensektor, der mit Spekulationen und zweifelhaften Praktiken die Krise entscheidend mitverursacht hat, muss an die kurze Leine genommen werden. Spekulative Geschäfte sollen für Banken weniger attraktiv gestaltet werden. Sie sollen einen gerechten Beitrag zur Überwindung der Krise leisten, unter anderem durch eine entsprechende Besteuerung des Finanz-

sektors. Die Verhandlungen zur Finanztransaktionssteuer müssen erfolgreich zu Ende gebracht werden. Die Bankenunion mit einer aktiven europäischen Finanzmarktaufsicht soll gewährleisten, dass marode Banken die Wirtschaft nicht mehr ins Wackeln bringen können,

4. KAMPF GEGEN STEUERBETRUG

Da der EU durch Steuerflucht jährlich rund eine Billion Euro entgehen, fordern wir hier eine härtere Vorgehensweise: Europäische Unternehmen sollen ihre Gewinne auch in Europa versteuern und nicht in Steuersümpfe verschieben. Wir werden uns für die Trockenlegung dieser Steuersümpfe stark machen.

5. MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Zu viele EU-BürgerInnen haben das Gefühl, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine Stärkung der Demokratie in der EU ein: Wir wollen die direkte Demokratie durch den Ausbau der europäischen BürgerInneninitiative stärken und die Einführung europaweiter Volksabstimmungen zur Diskussion stellen. Außerdem muss die Subsidiarität gewahrt werden, sprich: Alles, was auf nationaler oder regionaler Ebene sinnvoller geregelt werden kann, soll auch dort geregelt werden. Und schließlich sollen die Rechte des direkt gewählten Europäischen Parlaments ausgebaut werden.

6. FÜR EINE STARKE ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE

Die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht privatisiert werden. Die Sozialdemokratie kämpft dafür, dass die Daseinsvorsorge von der Wasserversor-

gung über die Abwasserbeseitigung, das Verkehrs- und Beförderungswesen, die Flugsicherung, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Müllabfuhr, die flächendeckende Versorgung mit Post- und Telekommunikationsdienstleistungen, aber auch Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie Krankenhäuser in öffentlicher Hand bleibt.

7. FÜR BESSEREN DATENSCHUTZ UND GEGEN ÜBERWACHUNG

Es braucht mehr Sicherheit und Transparenz bei der Datenverarbeitung sowie gesetzliche Maßnahmen zur Sicherstellung von Anonymität im Netz. Die großflächige Überwachung von Europäischen BürgerInnen durch in- und ausländische Geheimdienste muss aufgearbeitet und gestoppt werden. Maßnahmen zum Schutz und die gesetzliche Verankerung von Netzneutralität sind notwendig.

8. FÜR EIN EUROPA DER VIELFALT

Die Sozialdemokratie setzt sich für eine Gesellschaft ein, die dem Prinzip der Nicht-Diskriminierung verpflichtet ist. Wir kämpfen weiter für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Wir SozialdemokratInnen wenden uns gegen jede Einschränkung der Frauenrechte im Bereich der Familienplanung. Die Rechte von MigrantInnen sind, wie die Rechte aller UnionsbürgerInnen, zu wahren. Ausbeutung und Diskriminierung müssen europaweit aktiv bekämpft werden.

9. FÜR EIN UMWELTBEWUSSTES UND NACHHALTIGES EUROPA

Die Energiewende im Sinne einer CO₂-Reduktion, einem Ausbau erneuerbarer Energie, mehr Energieeffizienz und dem Ausstieg aus der Atom-

energie muss in der EU vorangetrieben werden. Im Zuge der Umstellung auf erneuerbare Energien muss Energie für alle Bevölkerungsschichten leistbar und für alle zugänglich bleiben.

Wir wollen, dass der Großteil der Landwirtschaftsförderungen künftig kleineren Landwirtschaften und nicht großen Agrarbetrieben zu Gute kommt. Für uns sind insbesondere hohe Qualität und effektive Kontrollen unserer Lebensmittel unerlässlich. Unsere Lebensmittel sowie unsere Anbauflächen für Futter- und Lebensmittel müssen gentechnikfrei bleiben, die Sortenvielfalt erhalten bleiben.

10. FÜR EIN GEEINTES UND FRIEDLICHES EUROPA

Wir sind überzeugt, dass die EU einen unerlässlichen Beitrag zur Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich leisten muss. Jene, die Schutz brauchen, müssen Schutz erhalten. Der Ausbau der europäischen Handelsbeziehungen muss mit einer wirksamen Durchsetzung von arbeitsrechtlichen, kollektivvertraglichen, konsumentenschutz- und datenschutzrechtlichen Bestimmungen sowie den umfassenden Schutz öffentlicher Dienstleistungen einhergehen. Europa muss als globaler Akteur den anderen Weltmächten auf Augenhöhe entgegen treten.

I. Ein Europa für Wachstum und Beschäftigung

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die europäischen Staaten ihren Schwerpunkt auf den Abbau von Staatsschulden gelegt – in einigen Staaten zu Lasten von Wachstum und Beschäftigung. Die Folgen sind geringes Wachstum oder gar Rezession sowie ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit, auch und vor allem unter Jugendlichen, sowie ein besorgniserregender Anstieg von Armut in Europa. Die oftmals einseitigen Sparprogramme führten zu einer Reduktion öffentlicher Investitionen und zu Privatisierungen, einem Abbau von Sozialleistungen, einer Rücknahme von ArbeitnehmerInnenrechten sowie zu Lohn- und Pensionskürzungen. In Österreich haben wir gezeigt, dass das nicht so sein muss.

Die Sozialdemokratie bekennt sich dazu, dass die Verschuldung in Europa reduziert werden muss, sind doch langfristig stabile öffentliche Finanzen entscheidend für eine stabile Politik. Doch wir stehen für ein anderes Europa, da der einseitige Sparkurs manche Länder Europas und viele seiner BürgerInnen erst recht in massive Schwierigkeiten gebracht hat. Der Austeritätspolitik in Europa auf dem Rücken der Schwächsten muss auf allen Ebenen ein Ende gesetzt werden. Budgetkonsolidierung muss auch die Einnahmenseite der öffentlichen Hand im Blick haben. Eine nachhaltige Reduktion der zu hohen Staatsschulden wird uns nur durch zusätzliches Wachstum gelingen. Wir wollen ein Europa, das Investitionen in die Zukunft fördert, statt bremst – nur so kann für Wachstum und Beschäftigung gesorgt werden. Die Verantwortlichen und Profiteure müssen wirtschaftlich und politisch zur Verantwortung gezogen werden. Wir sprechen uns auf allen Ebenen gegen die neoliberalen Instrumente und Abkommen der Wettbewerbs- und Fiskalpolitik aus. Wir fordern die Entwicklung von Ausgleichs- und Umverteilungssystemen. Zur Finanzierung der notwendigen europäischen Investitionen treten wir unter anderem für vermögensbezogene Steuern ein. Wir sind überzeugt, dass die EU das Potential hat, diese Krise zu meistern. Die wirtschaftliche Erholung und der soziale Fortschritt sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

NEUE INVESTITIONEN

Europa muss wieder investieren, damit die Wirtschaft neue Impulse erhält. In Europa werden hervorragende Waren produziert, aber es fehlen die Käuferinnen und Käufer, es fehlt die europäische Nachfrage. Ein Grund dafür ist der einseitige Sparkurs auf Kosten der Binnen- nachfrage und auf Kosten von Investitionen, Löhnen und sozialen Sicherungssystemen, den viele Staaten eingeschlagen haben. Eine solche einseitige Politik kann nicht die Lösung für Europa sein. Die öffentliche Infrastruktur, insbesondere im Energie-, Telekommunikations- und Verkehrsbereich, muss modernisiert werden.

Um Nachhaltigkeit sicherzustellen, sollten öffentliche Investitionen gerade in Zeiten des Sparens forciert werden. Daher müssen künftig öffentliche Zukunfts- investitionen bei der Beurteilung des Defizits anders behandelt werden, denn kurzfristiges Sparen hat bei Investitionen langfristig fatale Folgen. Sinnvoll investiertes Geld kommt schließlich auch wieder in den Staatshaushalt zurück. So haben Bereiche wie IT, Telekommunikation, Forschung, Verkehr und Energienetze enormes Wachstums- und Beschäftigungspotenzial, das es zu nützen gilt. Deshalb treten wir auch auf europäischer Ebene für den Schutz der Daseinsvorsorge ein und wollen einen diskriminierungsfreien, flächendeckenden und leistbaren Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen für alle gewährleisten.

Aber nicht nur die digitale Welt birgt Chancen auf neue Jobs. Auch Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft schaffen einen Mehrwert für europäische Regionen: Sie sind Motoren für wirtschaftliche Dynamik, fördern Kreativität, Innovation und kulturelle Vielfalt. Von besonderer Bedeutung sind Investitionen in soziale Infrastruktur, in Bildungseinrichtungen, Pflege, Kinderbetreuung, in den sozialen Wohnbau und in das Gesundheitswesen, weisen sie doch eine sehr hohe Beschäftigungswirkung auf. All diese Investitionen sind es, die Europa zu dem machen, was es ist: ein besonders lebenswerter Raum.

STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN INDUSTRIE

Die EU ist die Region mit der höchsten Industrieproduktion der Welt, etwa ein Drittel der ArbeitnehmerInnen in der EU ist in der Industrie beschäftigt. Manche traditionelle Industrien tun sich jedoch schwer, im internationalen Wettbewerb gegen Industriekonzerne ohne Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsstandards zu bestehen. Hier braucht es europaweit mehr Unterstützung für die Industriezweige im Sinne der betroffenen ArbeitnehmerInnen und europaweit mehr Rechte für Betriebsräte bei Restrukturierungen im Unternehmen. Um die hohe Produktivität langfristig zu erhalten, wollen und dürfen wir nicht in einen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und niedrigsten Sozial- und Umweltstandards eintreten. Vielmehr wollen wir auch in Zukunft mit Qualität, Sicherheit und Innovation punkten. Entscheidend für die nachhaltige wirtschaftliche Stabilität Europas ist aber auch, dass strukturschwache Regionen gestärkt werden. Dafür braucht es eine gezielte Industriepolitik auf europäischer Ebene, unterstützt durch die Europäische Investitionsbank.

INVESTITIONEN IN FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Eine Industrialisierung in strukturschwachen Regionen sowie ein Ausbau des Produktivitätsvorsprungs in hochindustrialisierten Regionen können nur gelingen, wenn Forschung und Entwicklung ausreichend gefördert werden. Die SPÖ spricht sich dafür aus, längerfristig die Dotation des EU-Forschungsrahmenprogramms zu erhöhen, damit die entsprechenden Impulse gesetzt werden können.

SICHERE JOBS

Die Krise und die gestiegene Arbeitslosigkeit haben den Druck auf ArbeitnehmerInnen massiv erhöht. Wir wehren uns gegen ein Europa der Niedriglohnjobs. Arbeitsmarktpolitik in Europa soll mit hochwertigen Arbeitsplätzen punkten, nicht mit prekären Arbeitsbedingungen. Mit hohen Standards, fairen Regeln, guten Einkommen und abgesicherter Mitbestimmung, nicht mit Ausnahmeregelungen, die unter dem Deckmantel der Flexibilisierung Schutz und Arbeitsrechte aushöhlen. Mit Standards, die für alle gelten, auch für entsendete ArbeitnehmerInnen. Wir setzen uns für europaweite soziale Mindeststandards ein. Deshalb fordert die Sozialdemokratie wirksame europäische Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping.

BILDUNG UND AUSBILDUNG

Für Wachstum und Beschäftigung ist es entscheidend, dass die europäischen BürgerInnen die bestmögliche Ausbildung erhalten. Gleichzeitig sind gut ausgebildete ArbeitnehmerInnen die Voraussetzung für Europas künftigen Wohlstand. Die SPÖ bekennt sich dazu, genügend Mittel für Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Universitäten bereit zu stellen. Österreich hat zudem mit der dualen Ausbildung ein erfolgreiches Modell geschaffen, das als Vorbild für viele EU-Staaten dienen kann. Au-

Berdem gilt es, die Chancen neuer digitaler Technologien im Bereich von Bildung und Forschung zu nutzen.

Bildung ist jedoch mehr als nur Ausbildung und hat einen wesentlichen gesamtgesellschaftlichen Auftrag. Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für eine Demokratie und gerade im Europäischen Kontext tritt die Sozialdemokratie vehement für ein offenes und freies Bildungssystem ein. Im Zuge der Implementierung des Bologna-Systems wurde versucht eine Möglichkeit zu schaffen, europäische Mobilität und Zusammenarbeit zu stärken. Dies ist jedoch nicht gelungen, und hat darüber hinaus zu einer Ökonomisierung der Bildung geführt. Austausch auf europäischer Ebene kann nur dann gewährleistet werden, wenn die soziale Absicherung und finanzielle Unterstützung für alle Studierenden durch Stipendien (z.B. ERASMUS) gesichert ist und die massive Hürde, dass im Ausland erbrachte Leistungen und Prüfungserfolge nicht anerkannt werden, endlich beseitigt wird.

JOB- UND AUSBILDUNGSGARANTIE

Der Beschluss der Jugendgarantie, mit der alle jungen Menschen unter 25 Jahren – ob beim Arbeitsamt gemeldet oder nicht – innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, ein konkretes und qualitativ hochwertiges Angebot erhalten, gehört zu den wichtigsten Erfolgen der europäischen Sozialdemokratie der letzten Jahre. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Verringerung der Zahl derjenigen Jugendlichen, die weder in Ausbildung noch im Beruf sind muss weiterhin Priorität haben. Ein erfolgreiches österreichisches Modell konnte auf die europäische Ebene gehoben werden. In den kommenden Jahren geht es darum, sicherzustellen, dass die Jugendgarantie auch mit Leben gefüllt wird und die nötigen finanziel-

len Mittel zur Verfügung stehen. Die europäische Sozialdemokratie wird sich nach Kräften dafür einsetzen, dass den Worten Taten folgen und dass die Finanzmittel für dieses Ziel ausgeweitet werden. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren für diese Jugendlichen Beschäftigungs- und Ausbildungsplätze schaffen und damit den krisenbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit ein Ende bereiten.

2. Ein starkes soziales Europa

Europas Stärke liegt im sozialdemokratischen Modell des Wohlfahrtsstaats. Die Sozialdemokratie ist entschlossen, den Wohlfahrtsstaat nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen. Kernelemente dieses Modells sind die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Wohlstand der Gesellschaft, die Sicherung des Lebensstandards im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall oder Alter, die Unterstützung für sozial Schwache und Benachteiligte sowie starke Gewerkschaften. Im Zuge der Krise der vergangenen Jahre wurden in vielen Ländern soziale Errungenschaften abgebaut. Gerade in Österreich haben wir aber beweisen können, wie wichtig diese Elemente des Wohlfahrtsstaates sind, wenn es darum geht, Krisen zu überwinden. Die starke Sozialpartnerschaft, wie wir sie in Österreich kennen, war entscheidend für den Erhalt vieler Jobs während der Krise. Unser starkes soziales Netz hat die Auswirkungen der Krise maßgeblich abgefedert und nicht nur einzelnen Familien geholfen, sondern auch die Kaufkraft stabilisiert. Wir wollen dieses erfolgreiche österreichische Modell in ganz Europa erleben. In Europa braucht es eine stabile Einbindung der Sozialpartner und hier insbesondere der Gewerkschaften in die politische Gestaltung. Eine stärkere Rolle für die nationalen Gewerkschaften und eine Stärkung des Europäischen Gewerkschaftsbundes sind hierbei unverzichtbar. Die SPÖ kämpft daher für einen europäischen Sozialpakt mit den drei Elementen: Ausbau von EU-Mindeststandards, verstärkte Einbindung der Sozialpartner und Bekämpfung aller Formen von Sozial- und Lohndumping sowie Schwarzarbeit.

EUROPÄISCHE MINDESTSTANDARDS

Die Überwindung der sozialen Ungleichheiten ist eine Frage der Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Fairness. Die Vermeidung von Sozialdumping und die Verringerung der Zahl der „working poor“ stärkt den sozialen Zusammenhalt und Frieden in Europa und kurbelt auch die Binnennachfrage an. Gesicherte und faire Einkommen für die BürgerInnen in Europa, die jeweils auf nationaler Ebene nach den jeweiligen Systemen und unter Wahrung der Rolle der Sozialpartner umgesetzt werden, als Mindestanforderung auf europäischer Ebene sind unser Ziel.

In diesem Zusammenhang muss die 2011 geschaffene horizontale Sozialklausel, die die Union bei der Durchführung ihrer Politik zur Schaffung eines hohen Beschäftigungsniveaus, zu sozialem Schutz, zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und zu einem hohen Bildungsniveau und Gesundheitsschutz verpflichtet, praktische Wirksamkeit erlangen.

STÄRKUNG DES EUROPÄISCHEN SOZIALMODELLS

Wir wollen dafür kämpfen, den sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zu wahren und zu verstärken. Dazu gehören unter anderem sichere Pensionen für alle unter Bedachtnahme auf das Prinzip der Generationengerechtigkeit sowie ein Gesundheitssystem, das allen Menschen die gleichen Leistungen zu denselben Konditionen bietet.

Wir setzen uns für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen ein, die allen offen stehen und leistbar sein müssen, und stehen für ein Pflegesystem, das es den Menschen ermöglicht, in Würde zu altern, ohne Angst haben zu müssen, zu verarmen oder sich in Abhängigkeiten zu begeben. Erschwingliche Wohnungen sind ein geeignetes Instrument, um soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt zu fördern. Das österreichische Modell des sozialen Wohnbaus kann der gesamten EU als Vorbild dienen.

Wir sind in Europa auch mit den gesundheitlichen Folgen der Krise konfrontiert: hohe Säuglingssterblichkeit, Anstieg von Depressionen, Rückkehr von Krankheiten, die vom europäischen Kontinent bereits als verbannt galten. Solche erschreckenden Entwicklungen können wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht hinnehmen. Wir werden uns im Europäischen Parlament für eine soziale Gesundheitspolitik stark machen.

AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

27 Millionen Menschen in Europa haben keinen Job, jeder Vierte unter 25 Jahren ist ohne Arbeit. Angesichts dieser erschreckenden Zahlen gilt es, den Jobsuchenden aktiv zur Seite zu stehen und entsprechende Aus- und Weiterbildungen anzubieten. Auch hier kann Österreich mit seinem Arbeitsmarktservice als Vorbild dienen. Zur aktiven Arbeitsmarktpolitik gehört auch die Europäische Jugendgarantie. Dieses und weitere Programme müssen finanziell entsprechend ausgestattet sein.

KAMPF GEGEN LOHN- UND SOZIALDUMPING SOWIE SCHWARZARBEIT

Der Wohlfahrtsstaat wird auch dadurch gefährdet, dass die kollektivvertraglich oder staatlich festgelegten Löhne sowie die bereits bestehenden Arbeitsschutzstandards unterlaufen werden. Die Beschäftigten müssen vor diesen Praktiken geschützt werden. Eine Weiterentwicklung arbeitsrechtlicher Regelungen auf EU-Ebene ist nötig, in dem Mindeststandards festgelegt werden und Verstöße sanktioniert werden können. Durch Schwarzarbeit werden die Beschäftigten ausgebeutet und die Sozialversicherungssysteme sowie die öffentlichen Haushalte geschädigt. Wir fordern einen europäischen Schutz vor Schwarzarbeit und Sozialdumping, insbesondere muss die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und auch die Durchsetzbarkeit

von Strafen im Ausland – ähnlich der Verkehrsstrafen – ausgebaut werden.

EINBINDUNG DER SOZIALPARTNER

Derzeit ist die Sozialpartnerschaft auf europäischer Ebene immer noch unzureichend ausgeprägt. Drei Viertel der LobbyistInnen stehen im Dienste von ArbeitgeberInnen und Konzernen – daher braucht es ein strenges europäisches Lobbygesetz. Die Einbindung des europäischen Gewerkschaftsbundes und anderen Interessenvertretungen der europäischen ArbeitnehmerInnen auf Branchenebene und in grenzübergreifend tätigen Unternehmen muss gestärkt werden. Die Sozialdemokratie strebt eine Vertiefung und eine stärkere Einbindung der Gewerkschaften und der Sozialpartner in den Sozialen Dialog der EU an. Unser langfristiges Ziel ist ein „Protokoll für den sozialen Fortschritt“ auf der Ebene des Primärrechts, das die Bedeutung von sozialen, demokratischen und gewerkschaftlichen Grundrechten absichert. Damit wird die Gleichrangigkeit von sozialen Grundrechten aus der EU-Grundrechtscharta gegenüber den Marktfreiheiten des Binnenmarktes abgesichert.

Die Sozialdemokratie setzt sich auch für die Sicherung der Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen bei der fortschreitenden Integration des Binnenmarktes ein, insbesondere bei der Schaffung neuer europäischer Gesellschaftsrechtsformen.

VERANKERUNG DER MENSCHENRECHTE UND DER SOZIALEN RECHTE IN INTERNATIONALEN ABKOMMEN

Europa ist mit dem Modell des Sozialstaats ein Vorbild für viele andere Regionen der Welt. Dennoch kam es vor, dass in Handelsabkommen zwischen der EU und

Drittstaaten die Menschenrechte und die sozialen Rechte nur am Rande erwähnt werden und keinen zwingenden Charakter entwickeln. Das geht zu Lasten der Beschäftigten sowohl in der EU als auch in den Drittstaaten. Für uns ist klar, dass wirtschaftliche Interessen und soziale Rechte nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Wir werden dafür sorgen, dass unsere hohen Standards im Sozialbereich, im Gesundheitswesen sowie unsere Standards bei Arbeitsrechten oder auch im Umweltbereich in internationalen Abkommen rechtlich verbindlich verankert sind. Die Gewerkschaften und deren unabhängiges und freies Agieren zu schützen ist uns ein zentrales Anliegen.

EFFEKTIVER VERBRAUCHERINNEN-SCHUTZ

Der europäische Binnenmarkt zeichnet sich dadurch aus, dass Unternehmen grenzüberschreitend operieren und ihre Waren und Dienstleistungen in allen Mitgliedsstaaten anbieten können. Dabei bleibt derzeit der Schutz der KonsumentInnen oft auf der Strecke. In den neuen digitalen Märkten sind die Rechte der VerbraucherInnen aufgrund der grenzüberschreitenden Nutzung nicht ausreichend gesichert und auch im Bereich des Glücksspiels erleben wir, dass nationale Kontrollen an ihre Grenzen stoßen. Daher sprechen wir uns für wirksame grenzüberschreitende Kontroll- und Sanktionsmechanismen im Kampf gegen illegales Online-Glücksspiel aus. Die Sozialdemokratie setzt sich dafür ein, wirksame europäische VerbraucherInnenrechte und Qualitätsstandards für Güter und Dienstleistungen zu bewahren oder einzuführen.

KAMPF GEGEN KRIMINALITÄT

Gemeinsame Grenzen erfordern gemeinsames, unterschiedenes Vorgehen im Kampf gegen organisierte inter-

nationale Kriminalität. Wir sehen, dass nationales Vorgehen hier an seine Grenzen stößt und eine europäische Koordination entscheidend ist. Wir sprechen uns für den Ausbau dieser Zusammenarbeit aus, wobei wir gleichzeitig im Europäischen Parlament dafür sorgen werden, dass ein solches koordiniertes Vorgehen die Grundrechte der einzelnen Bürgerinnen und Bürger achtet.

3. Ein regulierter Finanzsektor und gerechte Steuern

Es muss gelingen, die Finanzmärkte wieder zu einer dienenden Funktion gegenüber der Gesellschaft und der Realwirtschaft zu verpflichten – das wird ein Schlüssel für die Wiedergewinnung von Vertrauen in das europäische Projekt. Banken und anderen AkteurInnen auf den Finanzmärkten darf es nicht mehr möglich sein, ganze Volkswirtschaften in den Abgrund zu reißen. Es waren die Finanzmärkte, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, nicht die Menschen. Denn die Spekulationsblasen auf den Immobilien- und Finanzmärkten und hochriskante Praktiken, haben die Finanzkrise und in Folge die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten ausgelöst. Die Folgen dieser Krise hat jedoch die gesamte Bevölkerung zu tragen, insbesondere die sozial Schwächsten. Wir wollen es nicht länger hinnehmen, dass Gewinne privatisiert und Verluste verstaatlicht werden. Die Sozialdemokratie kämpft deshalb dafür, dass die VerursacherInnen sich durch ein gerechteres Steuersystem an den Kosten beteiligen. Durch strenge Regeln für die Finanzmärkte muss verhindert werden, dass dieser Sektor erneut zum Ausgangspunkt von Krisen werden kann.

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Mit spekulativen Finanztransaktionen werden Sekunde für Sekunde Milliardenbeträge bewegt und enorme Gewinne erzielt. Ein Teil dieser Geschäfte beruht auf Spekulationen gegen Währungen und Staaten oder mit vitalen Rohstoffen. Es gehört zu den größten Erfolgen der europäischen Sozialdemokratie, insbesondere der SPÖ, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf Aktien- und Derivatehandel in greifbare Nähe gerückt ist. Nun gilt es dafür zu sorgen, dass die Verhandlungen über den Vorschlag der Europäischen Kommission erfolgreich zu Ende gebracht werden und eine effektive Finanztransaktionssteuer mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage eingeführt wird. Nur eine gestärkte Sozialdemokratie im EU-Parlament kann eine Verwässerung dieser Steuer durch die Lobbyisten der Finanzindustrie verhindern.

BANKENUNION

Die Auswirkungen der Finanzkrise haben deutlich gemacht, dass grenzüberschreitend agierende Finanzinstitutionen auch grenzüberschreitende Regeln brauchen. Die Eurozone braucht eine schlag-

kräftige zentrale Aufsichtsbehörde, eine gemeinsame Einlagensicherung und effektive Regeln für die Sanierung oder Abwicklung von notleidenden Banken. So stellen wir sicher, dass nicht die SteuerzahlerInnen, sondern in erster Linie die EigentümerInnen und die GläubigerInnen für die Kosten der Sanierung aufkommen. Es gilt ein für alle Mal zu verhindern, dass marode Banken die gesamte Wirtschaft ins Wackeln bringen.

WIRKUNGSVOLLE REGELN FÜR DEN BANKENSEKTOR UND DAS SCHATTENBANKENSYSTEM

Nicht nur die Banken, sondern auch die sogenannten Schattenbanken, wozu insbesondere Hedgefonds, Geldmarktfonds und Private-Equity-Fonds zählen, gehören zu den großen Spielern auf den Finanzmärkten und tragen die Mitverantwortung für die 2008 ausgebrochene Krise. Sie sind überdies besonders krisenanfällig, da sie über wenig Eigenkapital verfügen, aber enorme Summen bewegen. Der gesamte Sektor bedarf einer effektiven Kontrolle und muss strengen Regeln unterworfen werden. Die Sozialdemokratie wird sich sowohl auf Ebene

der EU als auch der G-20 dafür einsetzen. Darüber hinaus müssen die Banken und Finanzinvestoren einen gerechten Beitrag zur Überwindung der Krise und ihrer Auswirkungen leisten. Dazu gehört auch die Einführung von Bankenabgaben.

UNTERSTÜTZUNG DER REALWIRTSCHAFT

Derzeit ist der Leitzinssatz in der Eurozone so niedrig wie selten zuvor. Anstatt jedoch die vorhandenen Gelder der Realwirtschaft in Form von Krediten zur Verfügung zu stellen, investieren die Banken erneut in Anleihen und andere Finanzprodukte. Nur ein stabiler Bankensektor ist ein verlässlicher Partner für die Realwirtschaft. Deshalb ist die Verbesserung der Eigenkapitalbasis der Banken auch für die wirtschaftliche Entwicklung unerlässlich. Spekulative Geschäfte sollen für Banken weniger attraktiv gestaltet werden als Investitionen in Unternehmen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass europäische Unternehmen – und in weiterer Folge die ArbeitnehmerInnen – mehr von den niedrigen Zinsen profitieren. Dies ist ein entscheidender Beitrag zur Ankurbelung des Wachstums.

KONTROLLE ÜBER DIE RATING- AGENTUREN

Die überwiegend in den USA beheimateten Ratingagenturen haben die Krise angeheizt. Darüber hinaus haben sie mit ihren übertriebenen negativen Ratings die Lage mancher Staaten erst recht verschlimmert. Daher muss diese Branche strengeren Regeln und Haftungen unterworfen werden und die Bedeutung von Ratings für das Funktionieren von Finanzmärkten minimiert werden. Es braucht eine aktive europäische Finanzmarktaufsicht sowie eigene Risikoeinschätzungen, die sich nicht blindlings auf Ratings einiger weniger Agenturen verlassen.

ABSCHAFFUNG DES STEUERWETT- BEWERBS NACH UNTEN

Die EU ist ein einheitlicher Wirtschaftsraum, in dem kleine wie große Unternehmen grenzüberschreitend agieren, KonsumentInnen auch im Nachbarland einkaufen, Alte wie Junge über der Grenze Urlaub machen. Während die Konsumsteuern weitgehend in Europa koordiniert sind, liefern sich die EU-Staaten mit immer niedrigeren Steuersätzen für Unternehmen einen ruinösen Wettbewerb, nicht zuletzt zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. Denn die fehlenden Steuereinnahmen werden durch höhere Einkommens- oder Massensteuern sowie den Abbau von Sozialleistungen kompensiert. Die Steuerlast vor allem für internationale Großkonzerne ist hingegen so niedrig wie selten zuvor. Zudem nützen Großkonzerne die Lücken zwischen den einzelnen nationalen Regelungen dahingehend aus, sodass sie trotz Milliardengewinnen kaum oder zum Teil gar keine Steuern zahlen. Die Sozialdemokratie wird sich in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass die Unternehmenssteuersätze und deren Bemessungsgrundlagen in den EU-Staaten weitgehend harmonisiert werden. Als erster Schritt sollen Mindestsätze bei gleicher Steuerbasis eingeführt werden, damit Großkonzerne ihren gerechten Beitrag leisten können.

BEKÄMPFUNG VON STEUERFLUCHT SOWIE AUSTROCKNUNG VON STEUER- SÜMPFEN

Spätestens die Off-Shore-Leaks haben deutlich gemacht, wie weit Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Geldwäsche verbreitet sind. Europaweit werden Milliarden an Gewinnen und Vermögen am Fiskus vorbei transferiert - Berechnungen der Europäischen Kommission zufolge sind das jährlich eine Billion Euro. Die EU muss hier eine härtere

Vorgangsweise wählen. Die internationalen Regeln wurden zu lange nicht auf den neuesten Stand gebracht. Zu lange hat die europäische Gemeinschaft Konstruktionen wie intransparente Stiftungen und anonyme Gesellschaften akzeptiert. Es sind Lücken entstanden, die eine Umgehung der Steuerpflicht ermöglichen, welche dringend geschlossen werden müssen. Wir müssen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensivieren. Wir sprechen uns für eine umfassende Anwendung des automatischen grenzüberschreitenden Informationsaustausches über Steuersachen in der EU aus. Europäische Unternehmen sollen ihre Gewinne auch in Europa versteuern und nicht über Konstruktionen in Steuererosen verschieben. Im Rahmen der OECD und der G-20 muss sich die Union für die vollständige Trockenlegung der Steuersümpfe stark machen.

4. Ein demokratisches Europa

Wir sehen, dass oftmals Entscheidungen der Union ohne ausreichender Einbindung der Bevölkerung getroffen werden. Wir wollen kein Europa, das über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet, wie wir es bei einigen Beschlüssen der Troika, bestehend aus der Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds, in Krisenländern erlebt haben. Wir wollen nicht, dass die Europäische Union mit Geheimpapieren Politik macht. Wir wollen für eine ehrliche, offene Auseinandersetzung sorgen – in allen Europäischen Institutionen. Das bedeutet auch, offen seine Fehler einzugestehen und mutig genug zu sein, um seine Richtung zu ändern. Wollen wir das Vertrauen in die europäische Idee zurückgewinnen, ist das entscheidend. Für eine solche, neue Richtung in Europa steht die Sozialdemokratie.

Die Europäische Sozialdemokratie bekennt sich zur gemeinsamen Währung, dem EURO, der seit seiner Einführung auch den Österreicherinnen und Österreichern sowie unserer Wirtschaft viele Vorteile bringt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat aber die Schwachstellen unserer Wirtschafts- und Währungsunion deutlich gemacht. Im Zuge eines EU-Konvents sollen nachhaltige Reformen der Europäischen Union behandelt werden. Wir wollen im Zuge dieses Konvents unter anderem klären, wie die demokratische Mitbestimmung innerhalb der Eurozone garantiert werden kann und wie die Ungleichgewichte innerhalb der Währungsunion besser ausgeglichen werden können. Eine solche Diskussion muss auf breiter Basis geschehen unter Einbindung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft.

EIN EUROPA DER SUBSIDIARITÄT

Die Sozialdemokratie setzt sich dafür ein, dass die Entscheidungen und Regelungen auf jener Ebene stattfinden sollen, auf der es am meisten Sinn ergibt. In vielen Fällen kann dies die Gemeindeebene sein, die regionale oder die nationalstaatliche. Die europäische Ebene brauchen wir dort, wo es um große, von einzelnen Staaten allein nicht bewältigbare Herausforderungen geht, wo wir als kleiner Staat drohen, zum Spielball anderer Mächte zu werden, dort, wo wir gemeinsame Regeln und gemeinsame Standards brauchen, um unsere Gemeinschaft zu stärken. Die regionale Ebene sollte noch besser an den europäischen Entscheidungen beteiligt werden. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Partnerschaften von Städten und Gemeinden in Europa wollen wir künftig verstärken.

FÜR EINE STARKE ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE

Wir bekennen uns dazu, dass bestimmte Leistungen von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden müssen, um

dauerhaft deren Qualität und Leistbarkeit sicherzustellen.

Die öffentliche Daseinsvorsorge – von der Wasserversorgung über die Abwasserbeseitigung, das Verkehrs- und Beförderungswesen, die Gas-, Wasser-, und Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr, aber auch Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser, etc. – darf nicht privatisiert werden.

STÄRKUNG DER POLITISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

Europa kann nur mit einer lebendigen Zivilgesellschaft gedeihen. Neben Instrumenten der direkten Demokratie gehören die Informationsfreiheit und volle Transparenz zu den wesentlichen Voraussetzungen für eine solche lebendige Zivilgesellschaft. Gemeinsame SpitzenkandidatInnen der führenden europäischen Parteien für die Kommissionspräsidentschaft sind ein wesentlicher Beitrag auf dem Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit.

Pluralität und Freiheit der Medien gehören zu einer solchen Öffentlichkeit ebenso wie die Vielfalt der kulturellen und künstlerischen Ausdrucksformen. Auch eine zeitgemäße Netzpolitik, die einerseits den Zugang zu Wissen und Information und andererseits einen Interessensausgleich zwischen Kreativen, VerwerterInnen und NutzerInnen sicherstellt und neue Formen der kulturellen Praxis berücksichtigt, stärkt diese Öffentlichkeit. Wir wollen Maßnahmen, die zu einer Steigerung von Transparenz beitragen und BürgerInnen einen besseren Zugang zu Dokumenten in allen europäischen Sprachen (inklusive Konsultationen) ermöglichen sowie die Teilhabe an Gesetzgebungsprozessen der EU fördern. Die Nutzung und Verbreitung von freier Software (Open Source Software) soll gefördert werden. Das gilt ebenfalls für Regierungen und öffentliche Einrichtungen, die öffentliche Fördergelder aus dem EU-Haushalt erhalten.

MEHR DIREKTE DEMOKRATIE

Seit 2012 haben die UnionsbürgerInnen mit dem Instrument der Europäischen BürgerInneninitiative die Möglichkeit, gezielt Themen an die Europäische Kommission heranzutragen. Sie können damit an der Weiterentwicklung des europäischen Rechts mitwirken. Die Sozialdemokratie bekennt sich zur möglichst intensiven Nutzung und zum Ausbau dieses Instruments sowie zur Stärkung weiterer Elemente der direkten Demokratie auf EU-Ebene. Aus unserer Sicht ist die Einführung europaweiter Volksabstimmungen eingehend zu diskutieren.

DEMOKRATISIERUNG DER EU-INSTITUTIONEN

Seit seinem Bestehen hat das Europäische Parlament sukzessive mehr Mitsprache- und Kontrollrechte erhalten. Schon heute verfügt es über einen Einfluss, der oft unterschätzt wird. Die Sozialdemokratie setzt

sich dafür ein, die Rechte des Europäischen Parlaments weiter auszubauen, auch in Bereichen wie der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Entscheidungen aller europäischen Institutionen, von Rat und Parlament aber auch die der Kommission und der EZB müssen transparent gestaltet werden.

PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Die Personenfreizügigkeit bildet eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union und ist gleichzeitig eine der Grundlagen des Binnenmarktes. Immer wieder werden Stimmen laut, die die Einschränkung der Personenfreizügigkeit fordern, unter anderem unter dem Vorwand, dass bestimmte Personengruppen Sozialmissbrauch betreiben. Klar ist, dass die Sozialdemokratie für Fairness steht und in diesem Sinn auch gegen missbräuchliche Nutzung von Sozialleistungen eintritt. Den EU-Staaten müssen daher die Möglichkeiten zur Kontrolle und Verwirklichung einer fairen Arbeitswelt bei grenzübergreifender Arbeitsmobilität gewahrt erhalten bleiben. Die Sozialdemokratie bekennt sich zur Personenfreizügigkeit und ist entschlossen, Versuchen der Diskriminierung entgegenzutreten. Gleichzeitig verschließen wir nicht die Augen davor, warum viele Menschen ihre Heimat verlassen. In Gebieten mit weit über 50 Prozent arbeitslosen Jugendlichen sind Armutsgefährdung, Arbeitslosigkeit und Aussichtslosigkeit bittere Realität. Wesentlich ist es daher, die Lebensstandards in der gesamten Union derart abzusichern, dass in ganz Europa ein Leben frei von Armut möglich ist.

DATENSCHUTZ

Datenschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit auch eine rechtliche Herausforderung. Datenverarbeitung ist allgegenwärtig und grenzübergreifend. Die Zukunft des Datenschutzes entscheidet sich nicht

mehr allein auf nationaler, sondern auf europäischer und internationaler Ebene. Seit etlichen Monaten beraten die EU-Institutionen über die Einführung neuer Datenschutzregelungen. Das Europäische Parlament hat hier nicht zuletzt dank des Engagements der Sozialdemokratie weitreichende Vorschläge gemacht. Wir fordern Sicherheit und Transparenz bei der Datenverarbeitung, die nur bei Zustimmung erfolgen darf. Es braucht gesetzliche Maßnahmen zur Sicherstellung von Anonymität im Netz, ebenso wie das Recht auf Nutzung von Verschlüsselungstechniken. Zusätzlich sollten Maßnahmen zur Entwicklung und Förderung von Technologien unterstützt werden, die zu einem besseren Schutz der Privatsphäre beitragen (Privacy by Design). Datenschutz soll auch in der Schule gelehrt werden.

GEGEN ÜBERWACHUNG

Wir lehnen jegliche Gesetzesvorschläge, die eine Speicherung oder Überwachung abseits von Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit vorsehen, ab. Die großflächige Überwachung von europäischen BürgerInnen durch in- und ausländische Geheimdienste muss aufgearbeitet und gestoppt werden. Den Verkauf und die Verbreitung europäischer Überwachungstechnologie und Zensurwerkzeuge an autoritäre Systeme, in denen keine Rechtsstaatlichkeit herrscht, lehnen wir ab. Auch in Rechtsstaaten braucht geheimdienstliche Arbeit mehr parlamentarische Kontrolle. Es sind verbindliche Abkommen gegen Wirtschaftsspionage notwendig. Die Möglichkeiten für internationalen Schutz von Whistleblowern müssen ausgebaut werden. Wir setzen uns für die Wahrung der Privatsphäre von AktivistInnen, JournalistInnen und BürgerInnen überall auf der Welt ein.

FREIES INTERNET

Wir fordern Maßnahmen zum Schutz und die gesetzliche

Verankerung von Netzneutralität, nur so ist ein wirksamer Wettbewerb, die Chance auf Innovation und die Freiheit des Internets gegeben. Alle Datenpakete im Internet sind gleich zu behandeln, der Netzanbieter darf nicht diskriminieren. Wir wehren uns auch gegen alle Maßnahmen zur privatisierten Rechtsdurchsetzung außerhalb der Rechtsstaatlichkeit und lehnen daher Netzsperrern ab. Eine Kappung des Internetanschlusses als Folge von Urheberrechtsverstößen lehnen wir als unverhältnismäßig ab. Das Recht der Menschen, sich frei von Überwachung über soziale Netzwerke austauschen zu können, ist ein Grundrecht. Gleichzeitig sollte es zur Voranbringung des digitalen Binnenmarkts den NutzerInnen erleichtert werden, den Anbieter zu wechseln und Daten mitzunehmen (Datenportabilität). Auch braucht es Maßnahmen gegen den Digital Divide, denn der Zugang zum Internet ist eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe an der Gesellschaft.

MODERNES URHEBERRECHT

Urheberrecht soll Kreativität fördern und nicht behindern. Die derzeitigen Regelungen auf EU Ebene sind in weiten Teilen nicht zeitgemäß. Wir benötigen eine Reform des Urheberrechts, die besseren Zugang zu Wissen, das Recht auf Kommunikationsfreiheit und das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben ermöglicht. Um eine Weiterverwendung und Teilung von Werken zu erleichtern, müssen bestehende Ansätze zur Harmonisierung, die solch eine Nutzung vorsehen, gefördert werden. Gleichzeitig braucht es eine Reform für Ausnahmeregelungen im Urheberrecht für öffentliche Einrichtungen und gemeinnützige Organisationen, etwa aus den Bereichen Kultur, Geschichte und Bildung. Werke, die mit Hilfe öffentlicher Mittel hergestellt wurden, müssen auch öffentlich zugänglich sein.

5. Ein Europa der Vielfalt

In vielen Ländern Europas sind Populisten und Extremisten auf dem Vormarsch. Ihre Politik gründet auf Vorurteilen und richtet sich vor allem gegen MigrantInnen, Andersdenkende, Menschen anderer Hautfarbe und Religion. Unterschiede werden hochgespielt, dadurch wird von den wahren Problemen Europas abgelenkt. Europa ist jedoch zu kostbar, um es Kräften zu überlassen, die vor allem ihre eigenen Interessen verfolgen und letztlich die europäische Idee gefährden. Es ist selbstverständlich, dass sich die Sozialdemokratie zu den Werten bekennt, die die Grundlage für die Europäische Union bilden: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte. Wir lehnen daher jegliche Form von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Sexismus, Homophobie, Ausgrenzung und Diskriminierung ab. Wir stehen für eine tolerante Gesellschaft, die auf den Grund- und Menschenrechten aufbaut. Daher setzt sich die Sozialdemokratie, sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf europäischer Ebene für den Schutz und die Weiterentwicklung der Demokratie ein.

STÄRKUNG DER GRUND- UND MENSCHENRECHTE

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union wurde im Jahr 2000 feierlich proklamiert und ist seit 2009 für alle Staaten bindend. Damit ist in Österreich der Standard unserer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechte deutlich erweitert worden. Wir bekennen uns dazu, dass die in der Charta verankerten Grundrechte für alle Menschen, die in der Europäischen Union leben, gelten.

GLEICHSTELLUNG ALLER UNIONS-BÜRGERINNEN

Die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Staatsangehörigkeit, Religion, Weltanschauung oder Behinderung ist ein untrennbarer Bestandteil der Grund- und Menschenrechte und damit wesentlicher Bestandteil der europäischen Idee. Dennoch ist die Chancengleichheit auch in den europäischen Gesellschaften noch immer nicht Realität. Die Sozialdemokratie setzt sich für eine Gesellschaft ein, die dem Prinzip der Nicht-Diskriminierung verpflichtet ist.

In Europa leben bis zu elf Millionen Roma. Sie sind enormen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Diskriminierungen ausgesetzt. Die Sozialdemokratie ist besonders auch im Falle der Roma dazu entschlossen, das Prinzip der Nicht-Diskriminierung umzusetzen. Sie befürwortet auch die Einführung spezieller EU-Programme, die diese Volksgruppe fördern.

STARKE FRAUENRECHTE FÜR EIN STARKES EUROPA

Gerade im Bereich der Frauenrechte ist viel zu tun. Denn noch immer verdienen Frauen in der Europäischen Union bei gleichwertiger Arbeit weniger als Männer. Wir kämpfen daher weiter für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Jede vierte Frau ist zumindest einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen. Obwohl Österreich im Gewaltschutz international ein Vorbild ist, setzen wir uns auch weiterhin für einen Ausbau der Gewaltschutzprojekte und Unterstützung durch die Europäische Union ein. Wir SozialdemokratInnen wenden uns gegen jede Einschränkung der Frauenrechte im Bereich der Familienplanung. Darüber hinaus bekennen wir uns dazu, die Beteiligung von

Frauen in der Wirtschaft und ihren Führungsgremien zu stärken. Dazu wird es auch massive Anstrengungen brauchen, um zu einer echten Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu kommen. Die SozialdemokratInnen in der EU sind der Garant dafür, dass qualitätsvolle Kinderbetreuungseinrichtungen ausgebaut werden.

EUROPÄISCHE JUGENDPOLITIK

Vor kurzem wurde auf EU-Ebene das neue Austauschprogramm „ERASMUS+“ für Bildung, Ausbildung, Kultur und Sport beschlossen. Nicht nur Studierende und Lehrende, sondern auch Lehrlinge und andere können nun davon profitieren. Die Sozialdemokratie unterstützt diese Programme. Dies gilt auch für weitere Maßnahmen, um die grenzüberschreitende Mobilität und die Ausbildung unserer Jugendlichen zu fördern.

LGBTI

Die Europäische Union ist modern und tolerant, sie steht für Gleichberechtigung, Gleichstellung und Menschenrechte. Auch innerhalb der EU werden wir nicht locker lassen, konsequent dafür einzutreten und auf Missstände hinzuweisen. Diskriminierung und Gewalt gegen Homosexuelle und Transgender sind unvereinbar mit den europäischen Grundwerten und eine Verletzung der Menschenwürde. Die EU Roadmap zur Bekämpfung von Homophobie, Transphobie und Hassverbrechen ist ehest umzusetzen, die Richtlinie zur Diskriminierung außerhalb der Arbeitswelt ist rasch in Kraft zu setzen.

MIGRATION

Die Sozialdemokratie spricht sich für einen fairen und positiven Umgang mit Migration aus, wir be-

kennen uns zu einer geordneten, durch Gesetze gestalteten Migration. Die Rechte von MigrantInnen sind, wie die Rechte alle UnionsbürgerInnen, zu wahren. Ausbeutung und Diskriminierung müssen aktiv bekämpft werden. ZuwanderInnen können Europa stärken, in kultureller, wirtschaftlicher und demographischer Hinsicht.

6. Ein umweltbewusstes, nachhaltiges Europa

Saubere Umwelt, reine Luft und reines Wasser sowie möglichst unberührte Natur gehören zu den Grundbedürfnissen jedes Menschen. Der Kampf gegen die Umweltverschmutzung in ihren verschiedenen Ausprägungen und der Klimaschutz müssen weiterhin eines der Hauptziele der EU sein. Gerade als eine der reichsten Regionen der Welt muss sie hier eine globale Vorreiterrolle einnehmen.

WELTWEITES KLIMASCHUTZABKOMMEN

Die Sozialdemokratie wird sich dafür einsetzen, dass sich die EU ihres Vorbildcharakters insbesondere beim Klimaschutz bewusst ist. In den nächsten Jahren wird es vor allem darum gehen, ein weitreichendes Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu erreichen. Dieses globale Klimaschutzabkommen muss verbindliche Ziele für die Treibhausgas-Reduktion festlegen. Auf europäischer Ebene muss es weiterhin Ziele für Treibhausgas-Reduktion, erneuerbare Energie und Energieeffizienz geben.

AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN UND STEIGERUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ

Klimaschutz kann nur dann gelingen, wenn die so genannte Energiewende rasch und zielgerichtet umgesetzt wird und die Energieeffizienzziele erreicht werden. Daher werden wir uns dafür einsetzen, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern und die Erschließung erneuerbarer Energiequellen möglichst zügig voranzutreiben. Wir setzen uns auch weiter dafür ein, dass Energie effizienter genutzt wird. Auch wenn Österreich vor allem dank der Wasserkraft bereits eine Vorreiterrolle beim Einsatz erneuerbarer Energien einnimmt, muss auch unser Land weitere ernsthafte Anstrengungen in diese Richtung unternehmen. Damit die erneuerbaren Energiequellen auch im entsprechenden Ausmaß genutzt werden können, wird Österreich die Kapazitäten seiner Stromleitungsnetze ausbauen müssen.

GEGEN ATOMKRAFT

Es ist bedauerlich, dass viele EU-Staaten die Atomenergie als Beitrag zum Klimaschutz betrachten. Die SPÖ lehnt Atomenergie strikt ab. Darüber hinaus werden wir dafür kämpfen, dass auch andere Staaten unserem Beispiel folgen und den Ausstieg aus der Atomenergie einleiten. Auf EU-Ebene werden wir uns unter anderem dafür einsetzen, dass neue Atomkraftwerksprojekte keine finanzielle Unterstützung erhalten und eine Betreiberhaftpflicht eingeführt wird. Im Zusammenhang mit dem EURATOM-Vertrag setzen wir uns für eine Vertragsrevisionskonferenz mit dem Ziel des Atomenergieausstieges ein.

LEISTBARE UND SICHERE ENERGIEVERSORGUNG

Im Zuge der Umstellung auf erneuerbare Energien muss Energie für alle Bevölkerungsschichten leistbar und für alle zugänglich bleiben. Die Sozialdemokratie wird sich dafür einsetzen, die so genannte Energiearmut, die viele sozial Benachteiligte trifft, zu beseitigen. In diesem Umstellungsprozess muss auch die Versorgungssicherheit im Sinne einer ständigen Verfügbarkeit der benötigten Energie beachtet werden. Diese Aufgabe darf nicht allein dem Markt überlassen werden.

ÖKOLOGISCHE VERKEHRSPOLITIK

Im Sinne eines umfassenden Umweltschutzes sind wir entschlossen, den öffentlichen Personenverkehr und den Güterverkehr auf der Schiene auszubauen. Das Hauptaugenmerk soll hier auf den Transeuropäischen

Netzen liegen und auf Maßnahmen zur Stärkung eines flächendeckenden öffentlichen Personenverkehrs, sowie des Schienengüterverkehrs. Kostenwahrheit im Verkehr ist für uns eine Zielsetzung, für die wir uns einsetzen werden. Das Fortschreiben des Wettbewerbs im Bereich der Verkehrsleistungen und des grenzüberschreitenden Verkehrs zu Lasten der Sicherheit, der Qualität der KundInnen und der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für die Beschäftigten ist nicht im Sinne einer Sozialdemokratischen EU-Politik. Lohn- und Sozialdumping muss durch europäische Regelungen verhindert werden. Die EU soll weiterhin einen entsprechenden Beitrag zur Verkehrspolitik leisten und die nötigen Investitionen mittragen. Für Österreich ist in diesem Zusammenhang der Brenner Basistunnel und eine entsprechende Beteiligung der europäischen Gemeinschaft von besonderer Bedeutung.

NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT

Angesichts besorgniserregender Nahrungsmittelskandale wird der Bevölkerung immer wieder bewusst, dass mit der industriellen Landwirtschaft beträchtliche Probleme verbunden sind. Hohe Qualitätsstandards und effektive Kontrollen unserer Lebensmittel sind unerlässlich. Wir bekennen uns uneingeschränkt dazu, dass unsere Lebensmittel sowie unsere Anbauflächen für Futter- und Lebensmittel gentechnikfrei bleiben müssen. Darüber hinaus wird sich die Sozialdemokratie für den Ausbau der nachhaltigen Landwirtschaft und Fischerei sowie für einen Erhalt der Sortenvielfalt im Saatgutbereich einsetzen.

AUSGEWOGENE FÖRDERUNGEN IM LÄNDLICHEN RAUM

Die Europäische Union investiert rund ein Drittel des Budgets in die Entwicklung des ländlichen Raums. Trotzdem müssen viele, vor allem kleine Bauernhöfe

und Bergbauern um ihre Existenz fürchten. Wir wollen, dass auch in Zukunft die europäische Landwirtschaft erhalten bleibt, doch werden wir uns dafür einsetzen, dass der Großteil der Förderungen kleineren Landwirtschaften und nicht großen Agrarbetrieben zu Gute kommt.

Der ländliche Raum ist aber mehr als bloß Landwirtschaft. Er ist Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass von Förderungen für den ländlichen Raum alle Menschen profitieren. Durch die Förderung des Ausbaus von Infrastruktur, Kinderbetreuungsplätzen oder Gesundheitseinrichtungen kann die Europäische Union einen wichtigen Impuls für ein lebenswerteres Umfeld schaffen.

7. Ein starkes Europa in der Welt

Mit etwa 500 Millionen EinwohnerInnen bildet die EU nach wie vor den stärksten Wirtschafts- und Handelsraum der Welt. Derzeit jedoch nimmt Europa seine Verantwortung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen nicht immer ausreichend wahr. Europa muss ein globaler Akteur sein und den Weltmächten auf Augenhöhe begegnen.

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE ALS LEITFADEN

Als globaler Akteur muss die EU die universellen Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit uneingeschränkt vertreten. Um glaubwürdig zu sein, muss sie auch selbst diese Werte beachten. Noch vorhandene Widersprüchlichkeiten beispielsweise zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Landwirtschaftspolitik müssen sukzessive ausgeräumt werden. Die EU hat eine Vorreiterrolle in Sachen Sozialschutz und Menschenrechte. Um das Einhalten der Menschenrechte weltweit sicherzustellen, setzen wir uns auch im europäischen Parlament für die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte ein.

PARTNERSCHAFT UND FRIEDEN

Hauptziel des außenpolitischen Handelns der EU muss es sein, Partnerschaft und Frieden weltweit zu fördern. Wir bekennen uns zu einem wirksamen Multilateralismus, wobei die Vereinten Nationen weiterhin eine übergeordnete Rolle spielen sollen. Ihr Stellenwert soll ausgebaut werden. Dem europäischen Frieden ist dann am besten gedient, wenn die EU von stabilen, demokratisch regierten und befreundeten Staaten umgeben ist – die Nachbarschaftspolitik muss hier aktiv dazu beitragen.

Die EU muss eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung der Konfliktherde spielen; insbesondere in Osteuropa, im Nahen und Mittleren Osten sowie in

Afrika. Die EU muss sich hier ihrer besonderen Rolle bewusst sein, die ihr auf Grund der Geschichte und der geografischen Nähe zukommt.

Alle Länder des Westbalkans haben aus Sicht der Sozialdemokratie eine klare Beitrittsperspektive. Ein EU-Beitritt ist für diese Staaten erst möglich, wenn sie alle festgelegten Kriterien erfüllen, wobei jeder Staat nach seinen individuellen Fortschritten bewertet werden muss und gleichzeitig die Aufnahmefähigkeit der EU gegeben sein muss.

EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

Europa muss mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. Die neuen Sicherheitsrisiken können nur in enger europäischer Kooperation und auf Basis eines umfassenden Sicherheitsansatzes bewältigt werden. Die EU hat den einzigartigen Vorteil über alle erforderlichen diplomatischen, wirtschaftlichen, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Instrumente zu verfügen. Wir treten dafür ein, dass der umfassende zivil-militärische Ansatz der europäischen Sicherheitspolitik weiter gestärkt und zielgerichtet eingesetzt wird.

Eine vertiefte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik spiegelt sich nicht nur in einem geeinten internationalen Auftreten wider, sondern schafft auch den Rahmen für ein Bündeln der Kräfte im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Neue globale Sicherheitsrisiken erfordern ein geeintes europäisches Vorgehen. Wir

sind überzeugt, dass damit ein entscheidender Beitrag für ein geeintes und friedliches Europa in einer sicheren Welt geleistet wird, in dem Österreich als neutraler Staat einen wichtigen Platz hat.

Menschenhandel ist in Europa immer noch bittere Realität. Das organisierte Verbrechen erbeutet auf dem Rücken der Ärmsten jährlich Millionen. Dem muss ein Ende gesetzt werden. Es kann nicht sein, dass Menschen, vor allem aus dem Osten Europas, im Westen zur Prostitution gezwungen werden. Das ist eine Schande und widerspricht dem Grundgedanken einer europäischen Solidargemeinschaft zutiefst. Die Sozialdemokratie wird sich weiterhin mit Vehemenz dafür einsetzen, dass alle Menschen sichere und rechtlich abgesicherte Arbeitsbedingungen vorfinden. Es muss unser gemeinsames und oberstes Ziel sein ein Europa zu schaffen, in dem die Menschenrechte gesichert sind.

EIN EUROPA DER SOLIDARITÄT

Die Welt steht vor globalen Herausforderungen, wie Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Ressourcenknappheit und einer wachsenden Kluft zwischen armen und reichen Menschen. Weltweit hungert eine Milliarde, das heißt, jeder achte geht hungrig zu Bett. Wir sind überzeugt, dass die EU einen unerlässlichen Beitrag zur Schaffung einer neuen, gerechten Weltordnung, die die Kluft zwischen Arm und Reich dauerhaft verringert, leisten muss. Alljährlich streben Hunderttausende Flüchtlinge, die Not, Elend, Verfolgung oder gar bewaffneten Konflikten entkommen wollen, in die EU. Dieses Faktum zeigt jedoch auch, dass Europa eine Region mit hoher Lebensqualität und großer Anziehungskraft ist. Jene, die Schutz benötigen, sollen die Möglichkeit haben, Schutz zu beantragen, und sollen Schutz

erhalten. Die EU-Mitgliedstaaten müssen hier solidarisch vorgehen, sowohl mit Asylsuchenden als auch untereinander. Das beschlossene Gemeinsame Europäische Asylsystem ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weitere Schritte sollten folgen.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND ARMUTSBEKÄMPFUNG

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind bereits heute der führende Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit. Dieser Weg muss fortgesetzt werden. Das Hauptaugenmerk soll dabei darauf liegen, dass die Millennium-Entwicklungsziele (MDG) möglichst rasch erreicht werden. Vor allem Hunger und Armut müssen weltweit energisch bekämpft werden. Zurzeit verhandelt die internationale Gemeinschaft die Entwicklungsagenda nach 2015, wenn die MDGs zumindest zeitlich erreicht sein werden. Dabei sollen alle Staaten der Welt Verantwortung übernehmen. Ein menschenwürdiges Leben für alle ist das Ziel. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU ihre Verantwortung in der Welt wahrnimmt. Dazu gehört auch, dass europäische Unternehmen bei ihren Aktivitäten außerhalb der europäischen Union Menschen-, Sozial- und Umweltrechte respektieren.

GUTNACHBARSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

Die EU muss versuchen, zu allen europäischen Drittstaaten besonders enge Beziehungen zu pflegen. Dazu gehören nicht nur der Wirtschafts- und Handelsbereich, sondern auch der kulturelle und wissenschaftliche Austausch und ein möglichst hohes Maß an Reisefreiheit. Für die europäische Zusammenarbeit spielen der Europarat sowie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine wesent-

liche Rolle. Die EU soll auch in Hinkunft deren Aktivitäten unterstützen.

AUSBAU DER HANDELSBEZIEHUNGEN

Wir bekennen uns zum Ziel, die Handelsbeziehungen der EU mit Drittstaaten im Rahmen der WTO und darüber hinaus auszubauen. Ein wesentlicher Bestandteil derartiger Verhandlungen muss jedoch die Wahrung der öffentlichen Interessen und die Verpflichtung zur Erfüllung hoher sozialer, ökologischer, gesundheitlicher und menschenrechtlicher Standards sein. Dies bezieht insbesondere auch die wirksame Durchsetzung von arbeitsrechtlichen, kollektivvertraglichen, konsumentenschutz- und datenschutzrechtlichen Bestimmungen sowie den umfassenden Schutz öffentlicher Dienstleistungen ein. So unterstützt die Sozialdemokratie zwar auch prinzipiell die Aufnahme der Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (THIP) zwischen der EU und den USA. Diese kann jedoch erst dann allen BürgerInnen Vorteile bringen, wenn diese Standards Priorität vor einseitigen wirtschaftlichen Interessen haben und die Transparenz der Verhandlungen gewährleistet ist.

